



Die rasche Zuspitzung der Lage im Nahen Osten zwingt die europäische Diplomatie zu erhöhter Wachsamkeit. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat vor diesem Hintergrund erneut einen Conseil de défense et de sécurité nationale einberufen – ein Schritt, der die Dringlichkeit der aktuellen geopolitischen Entwicklung unterstreicht und zugleich Einblick in die strategische Denkweise der französischen Führung gibt.

Die Sitzung am 24. März am späten Nachmittag ist bereits die zweite innerhalb weniger Tage. Sie steht im Zeichen einer eskalierenden Konfrontation zwischen Iran, Israel und den Vereinigten Staaten – einer Konstellation, die das Potenzial für eine regionale Großkrise birgt und weit über den Nahen Osten hinausreicht.

Eine Region am Rand eines Flächenbrands

Die jüngsten militärischen Ereignisse verdeutlichen die Fragilität der Lage. Raketenangriffe auf israelisches Territorium, mutmaßlich aus dem Iran gesteuert, sowie Gegenschläge gegen strategische Einrichtungen markieren eine neue Qualität der Auseinandersetzung. Parallel dazu wurden in mehreren Golfstaaten Drohnen- und Raketenangriffe gemeldet.

Diese Dynamik folgt einer bekannten Logik: asymmetrische Vergeltung, indirekte Konfrontation über Stellvertreter und gezielte Nadelstiche gegen kritische Infrastruktur. Doch die Dichte und Gleichzeitigkeit der jüngsten Vorfälle lassen auf eine gefährliche Beschleunigung schließen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Straße von Hormus, durch die rund ein Fünftel des global gehandelten Erdöls transportiert wird. Jede ernsthafte Störung dieses Nadelöhrs hat unmittelbare Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Die Energiemärkte reagieren seit Tagen empfindlich auf jede neue Eskalationsmeldung.

Frankreichs Balanceakt zwischen Abschreckung und Diplomatie

Paris verfolgt in dieser Situation eine zweigleisige Strategie. Einerseits setzt Präsident Macron auf diplomatische Deeskalation. In mehreren Stellungnahmen hat er dazu aufgerufen, Angriffe auf zivile und energiebezogene Infrastruktur auszusetzen. Solche Ziele gelten als besonders eskalationsträchtig, da sie nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche und



humanitäre Folgen haben.

Andererseits verstärkt Frankreich seine militärische Präsenz in der Region. Marineeinheiten operieren verstärkt im östlichen Mittelmeer, im Roten Meer und im Persischen Golf. Offiziell dient dies dem Schutz französischer Staatsbürger und wirtschaftlicher Interessen sowie der Sicherung internationaler Handelsrouten.

Diese Kombination aus militärischer Vorsorge und diplomatischer Initiative ist typisch für die französische Außenpolitik der letzten Jahre. Sie spiegelt den Anspruch wider, strategische Autonomie mit internationaler Verantwortung zu verbinden – ein Ansatz, der jedoch in der aktuellen Lage an seine Grenzen stößt.

Der Verteidigungsrat als Schaltzentrale der Macht

Die wiederholte Einberufung des Conseil de défense ist kein Routinevorgang. Dieses Gremium, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagt, bündelt die Entscheidungsgewalt in sicherheits- und außenpolitischen Krisenlagen. Neben dem Präsidenten nehmen zentrale Minister sowie militärische Spitzenvertreter teil.

In der Praxis bedeutet dies eine starke Zentralisierung der Entscheidungsprozesse. Klassische ministerielle Abstimmungen treten in den Hintergrund, während schnelle, koordinierte Reaktionen in den Vordergrund rücken. Gerade in Situationen hoher Unsicherheit – wie derzeit im Nahen Osten – gilt dies als entscheidender Vorteil.

Zugleich wirft diese Form der Entscheidungsfindung Fragen nach Transparenz und demokratischer Kontrolle auf. In Frankreich ist diese Debatte nicht neu, gewinnt jedoch in Zeiten multipler Krisen zusätzliche Brisanz.

Strategische Unklarheit aus Washington

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor liegt in der Haltung der Vereinigten Staaten. Die amerikanische Politik gegenüber dem Iran erscheint widersprüchlich: Einerseits werden militärische Optionen offen gehalten und Einsätze angedroht, andererseits werden mögliche diplomatische Kontakte angedeutet.

Diese Ambivalenz erschwert es den europäischen Partnern, eine klare Linie zu entwickeln.



Frankreich, das traditionell eng mit den USA kooperiert, zugleich aber auf strategische Eigenständigkeit pocht, befindet sich in einem Spannungsfeld.

Die Frage lautet: Handelt es sich um eine taktische Unschärfe, um Druck auf Teheran auszuüben – oder um ein Zeichen fehlender strategischer Kohärenz? Für die europäischen Hauptstädte ist diese Unklarheit problematisch, da sie die Planbarkeit eigener Maßnahmen einschränkt.

Ökonomische Schockwellen und energiepolitische Risiken

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise sind bereits deutlich spürbar. Die Ölpreise haben die Marke von 100 Dollar pro Barrel zeitweise überschritten und reagieren weiterhin volatil auf jede neue Nachrichtenlage. Für Europa stellt dies ein erhebliches Risiko dar.

Verstärkt wird dies durch die strukturelle Verwundbarkeit der europäischen Energieversorgung. Trotz Diversifizierungsbemühungen bleibt die Abhängigkeit von globalen Lieferketten fossilen hoch. Eine Eskalation im Persischen Golf wird nicht nur die Öl-, sondern auch die Gaspreise erneut in die Höhe treiben.

Frankreich selbst ist aufgrund seines hohen Anteils an Kernenergie weniger exponiert als andere EU-Staaten. Dennoch wären die indirekten Effekte – etwa über Märkte und Handelspartner – erheblich.

Eine geopolitische Zäsur zeichnet sich ab

Die aktuelle Entwicklung deutet auf mehr hin als eine kurzfristige Krise. Vielmehr könnte sie Teil eines umfassenderen geopolitischen Umbruchs sein. Der Nahe Osten, lange Zeit Schauplatz regionaler Konflikte mit begrenzter globaler Wirkung, rückt wieder Zentrum der internationalen Machtpolitik.

Großmächte sind direkt oder indirekt involviert, wirtschaftliche Interessen stehen auf dem Spiel, und die Risiken einer unkontrollierbaren Eskalation wachsen. In diesem Kontext gewinnt jede Entscheidung an Gewicht – auch jene, die im Rahmen eines nationalen Sicherheitsrates getroffen wird.



Frankreich im Krisenmodus: Macron reagiert auf Eskalation im Nahen Osten mit neuer Sicherheitskonsultation

Frankreich versucht, in diesem komplexen Gefüge eine aktive Rolle zu spielen, ohne sich militärisch zu verstricken. Der Spielraum ist jedoch begrenzt. Zwischen transatlantischer Bindung, europäischer Verantwortung und eigenem globalpolitischem Anspruch muss Paris seine Position immer wieder neu justieren.

Die erneute Sitzung des Verteidigungsrates ist Ausdruck dieser Gratwanderung. Sie signalisiert Handlungsbereitschaft, ohne bereits konkrete Richtungsentscheidungen offenzulegen. In einer Situation, in der Dynamik und Ungewissheit dominieren, wird genau diese Form strategischer Vorsicht zum entscheidenden Instrument staatlicher Führung.

Autor: P. Tiko